

**MERKBLATT FÜR DIE GEMEINDEN TIROLS
HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG,
ABTEILUNG GEMEINDEN
96. JAHRGANG / FEBRUAR 2023**

Inhalt

8. Schwellenwerteverordnung 2023	2
9. Gemeindeverbände gemäß § 129 TGO – Beschlussfassung und Kundmachung	2
10. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2023	4
11. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2023	5
Verbraucherpreisindex für Dezember 2022 (vorläufiges Ergebnis)	6

8. Schwellenwerteverordnung 2023

Am 06. Februar 2023 wurde die Schwellenwerte-verordnung 2023 kundgemacht. Diese trat mit dem Tag nach der Kundmachung am 07. Februar 2023 in Kraft und ist bis 30.06.2023 befristet gültig.

Die Schwellenwerteverordnung 2023 sieht gegenüber dem Bundesvergabegesetz 2018 erhöhte Schwellenwerte vor:

Anpassung der Schwellenwerte

§ 1. Anstelle der in den §§ 43 Z 1 und 2, 44 Abs. 2 Z 1, 46 Abs. 2 und 213 Abs. 2 BVergG 2018 festgesetzten Schwellenwerte werden für den Zeitraum der Geltung der Verordnung folgende Schwellenwerte festgesetzt:

1. an die Stelle des in § 43 Z 1 genannten Betrages von 300 000 Euro tritt der Betrag von 1 000 000 Euro;
2. an die Stelle des in den §§ 43 Z 2 und 44 Abs. 2 Z 1 genannten Betrages von 80 000 Euro tritt der Betrag von 100 000 Euro,
3. an die Stelle des in § 46 Abs. 2 genannten Betrages von 50 000 Euro tritt der Betrag von 100 000 Euro;
4. an die Stelle des in § 213 Abs. 2 genannten Betrages von 75 000 Euro tritt der Betrag von 100 000 Euro.

Sollte zeitgerecht keine Verlängerung der Schwellenwerteverordnung 2023 erfolgen, gelten nach dem 30.06.2023 wieder die im Bundesvergabegesetz 2018 festgelegten nationalen Schwellenwerte der Bestimmungen der §§ 43 Z 1 und 2, 44 Absatz 2 Z 1, 46 Abs. 2 und 213 Abs. 2 BVergG 2018.

Es gibt Bestrebungen von Seiten des österreichischen Gemeindebundes bezüglich einer Verlängerung der Schwellenwerteverordnung 2023 und einer Anhebung der Schwellenwerte.

Über allfällige Änderungen wird gesondert informiert werden.

9. Gemeindeverbände gemäß § 129 TGO – Beschlussfassung und Kundmachung

1. Allgemeines:

Gemäß § 129 Abs. 1 TGO können Gemeinden zur Besorgung ihrer Angelegenheiten durch Vereinbarung mit anderen Gemeinden, einschließlich der Stadt Innsbruck, einen Gemeindeverband bilden, wenn dies

- a) bei einem Gemeindeverband, der Angelegenheiten der Hoheitsverwaltung besorgen soll, die Funktion der beteiligten Gemeinden als Selbstverwaltungskörper nicht gefährdet und
- b) bei einem Gemeindeverband, der Angelegenheiten der Gemeinden als Träger von Privatrechten besorgen soll, aus Gründen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit oder Zweckmäßigkeit im Interesse der beteiligten Gemeinden liegt.

2. Vereinbarung:

Eine Vereinbarung über die Bildung eines Gemeindeverbandes hat jedenfalls die Namen der ihm angehörenden Gemeinden, den Namen und den Sitz des Gemeindeverbandes und die Bezeichnung seiner Aufgaben zu enthalten (§ 129 Abs. 2 TGO). Eine Vereinbarung, mit der ein Gemeindeverband

gebildet oder aufgelöst wird, und jede Änderung der Vereinbarung bedürfen übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden.

3. Satzung:

Für den Gemeindeverband ist gemäß § 129 Abs. 4 TGO eine Satzung zu erlassen, die jedenfalls folgende Angelegenheiten zu regeln hat (vgl. § 133 Abs.1):

- die Festlegung der Organe und ihrer Aufgabenbereiche,
- die Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Überprüfungsausschusses (§ 138), wenn diesem mehr als drei Mitglieder angehören sollen,
- nähere Bestimmungen über die Wahl des Verbandsobmannes, seines Stellvertreters und der weiteren Mitglieder des Verbandsausschusses sowie der Mitglieder des Überprüfungsausschusses,
- die hierfür erforderlichen Bestimmungen, wenn für die Beschlussfassung strengere Voraussetzungen als nach den §§ 135 Abs. 3 und 136 Abs. 2 festgelegt werden sollen,
- die Festsetzung des Anteiles der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden am Aufwand und an einem allfälligen Überschuss des Gemeindeverbandes und Regelungen über die Verwendung eines allfälligen Überschusses,
- Bestimmungen über die Haftung der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden untereinander,
- Bestimmungen für den Fall des nachträglichen Beitritts, der nachträglichen Einbeziehung und des Ausscheidens oder der Ausgliederung von Gemeinden,
- Bestimmungen für den Fall der Auflösung des Gemeindeverbandes und über die Verwendung des Vermögens.

Die Satzung kann weitere Bestimmungen über die innere Organisation und die Verwaltung des Gemeindeverbandes, insbesondere über die Geschäftsführung seiner Organe und über die Geschäftsstelle enthalten.

4. Genehmigung:

Eine Neubildung eines Gemeindeverbandes und jede Änderung der Vereinbarung bzw. Satzung bedürfen der Genehmigung der Landesregierung. Bei bereits bestehenden Gemeindeverbänden hat dies über die Gemeindeanwendung 3.0 zu erfolgen. Neu zu genehmigende Gemeindeverbände, welche noch nicht in der Gemeindeanwendung 3.0 angelegt sind, haben die erforderlichen Unterlagen (siehe Punkt 5) per E-Mail (gemeinden@tirol.gv.at) zu übermitteln.

5. Beschluss und Kundmachung:

a) bei Neubildungen von Gemeindeverbänden:

In Bezug auf die erforderlichen Beschlüsse ist auszuführen, dass die Gemeinderäte der verbandsangehörenden Gemeinden den gesamten Vereinbarungs- und Satzungstext zu beschließen haben. Daher ist in der Niederschrift entweder der gesamte Vereinbarungs- bzw. Satzungstext aufzunehmen oder auf die Tischvorlage zu verweisen und die Tischvorlage dem übermittelten Auszug aus der Niederschrift anzuhängen.

Bei der Kundmachung ist nicht bloß der Beschlusstext kundzumachen, sondern ist der gesamte Vereinbarungs- und Satzungstext an der Amtstafel auszuhängen.

Als Variante könnte in der Kundmachung folgende Formulierung verwendet werden:

„Gemäß § 60 Abs. 2 TGO wird wegen des Umfanges der beschlossenen Vereinbarung und Satzung des Gemeindeverbandes [Name] öffentlich kundgemacht, dass diese während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsichtnahme im Gemeindeamt während der für den Parteienverkehr bestimmten Öffnungszeiten, aufliegen. Jedermann hat das Recht, beim Gemeindeamt gegen Ersatz der Kosten eine Kopie dieses Teils zu verlangen.“

b) Bei Änderung einer bestehenden Vereinbarung bzw. Satzung:

Jede Änderung der Vereinbarung sowie der Satzung eines bestehenden Gemeindeverbandes ist zunächst von der Verbandsversammlung zu beschließen. Sodann haben die Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden entsprechende übereinstimmende Beschlüsse über die Änderung der Vereinbarung bzw. Satzung zu fassen.

Auch dabei ist jeweils der gesamte Vereinbarungs- und Satzungstext (bzw. die entsprechende Änderung) von den Gemeinderäten der verbandsangehörigen Gemeinden zu beschließen und kundzumachen. Ein bloßer Verweis auf den Beschluss in der Verbandsversammlung ist nicht ausreichend.

In Bezug auf die Kundmachung kann alternativ auch die unter Punkt 5. a) beschriebene Variante verwendet werden.

Seitens der Abt. Gemeinden wird darauf hingewiesen, dass vor Begründung eines Gemeindeverbandes bzw. bei Änderungen einer Vereinbarung bzw. Satzung die Möglichkeit besteht, die entsprechenden Vereinbarungs- bzw. Satzungstexte sowie den Beschlusstext zur Vorprüfung zu übermitteln. Zudem stehen im Wiki, Portal Tirol, entsprechende Muster zur Verfügung.

10. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2023

Grafik gibt Auskunft über die den Tiroler Gemeinden zugewiesenen Abgabenertragsanteile Februar 2023, den Vergleich mit 2022 und die daraus resultierende Veränderung sowie die einzelnen Steuerarten.

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	3.509.697	3.654.385	144.688	4,12
Lohnsteuer	32.146.508	33.856.582	1.710.074	5,32
Kapitalertragsteuer	5.489.257	3.938.273	-1.550.985	-28,25
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	878.591	309.789	-568.802	-64,74
Körperschaftsteuer	2.854.300	2.622.326	-231.974	-8,13
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	561	495	-66	-11,71
Stiftungseingangssteuer	9.266	3.120	-6.146	-66,33
Bodenwertabgabe	5.406	-48.869	-54.276	-1003,94
Stabilitätsabgabe	-74.610	6.177	80.787	108,28
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	44.818.976	44.342.278	-476.698	-1,06
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	24.049.489	27.035.667	2.986.177	12,42
Tabaksteuer	1.667.681	1.653.596	-14.085	-0,84
Biersteuer	70.607	163.047	92.439	130,92
Mineralölsteuer	3.634.350	4.592.175	957.825	26,35

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	
			in Euro	in %
Alkoholsteuer	176.070	171.806	-4.263	-2,42
Schaumweinsteuer	1.358	1.719	361	26,56
Kapitalverkehrssteuern	208	16	-193	-92,52
Werbeabgabe	120.390	99.399	-20.991	-17,44
Energieabgabe	834.754	-166.798	-1.001.552	-119,98
Normverbrauchsabgabe	340.479	329.159	-11.320	-3,32
Flugabgabe	57.637	143.699	86.062	149,32
Grunderwerbsteuer	12.995.695	11.168.522	-1.827.174	-14,06
Versicherungssteuer	1.860.847	1.978.296	117.449	6,31
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.163.860	2.145.206	-18.654	-0,86
KFZ-Steuer	13.343	10.831	-2.512	-18,83
Konzessionsabgabe	307.335	271.700	-35.635	-11,59
Summe sonstige Steuern	48.294.105	49.598.040	1.303.935	2,70
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	93.113.081	93.940.317	827.237	0,89

11. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2023

Grafik gibt Auskunft über die den Tiroler Gemeinden zugewiesenen Abgabenertragsanteile Jänner bis Februar 2023, den Vergleich mit 2022 und die daraus resultierende Veränderung sowie die einzelnen Steuerarten.

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	18.140.056	20.920.810	2.780.754	15,33
Lohnsteuer	59.516.049	62.653.831	3.137.782	5,27
Kapitalertragsteuer	7.755.324	5.790.136	-1.965.188	-25,34
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.757.182	619.578	-1.137.604	-64,74
Körperschaftsteuer	28.658.875	32.659.259	4.000.384	13,96
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	631	1.146	515	81,59
Stiftungseingangssteuer	10.401	11.653	1.252	12,03
Bodenwertabgabe	131.356	107.378	-23.979	-18,25
Stabilitätsabgabe	21.002	53.800	32.797	156,16
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	115.990.878	122.817.591	6.826.713	5,89
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	46.341.422	52.637.468	6.296.046	13,59
Tabaksteuer	3.352.694	3.354.964	2.270	0,07
Biersteuer	222.862	320.716	97.854	43,91

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	Veränderung
			in Euro	in %
Mineralölsteuer	7.643.134	7.892.926	249.793	3,27
Alkoholsteuer	310.382	329.904	19.522	6,29
Schaumweinsteuer	2.452	2.484	31	1,28
Kapitalverkehrsteuern	369	37	-332	-90,03
Werbeabgabe	223.038	197.537	-25.501	-11,43
Energieabgabe	1.629.780	-548.364	-2.178.143	-133,65
Normverbrauchsabgabe	661.942	682.136	20.193	3,05
Flugabgabe	160.004	263.474	103.470	64,67
Grunderwerbsteuer	27.007.479	21.793.636	-5.213.843	-19,31
Versicherungssteuer	2.855.767	2.982.756	126.989	4,45
Motorbezogene Versicherungssteuer	4.327.721	4.290.413	-37.308	-0,86
KFZ-Steuer	140.892	138.127	-2.765	-1,96
Konzessionsabgabe	623.778	575.257	-48.521	-7,78
Summe Sonstige Steuern	95.503.716	94.913.470	-590.246	-0,62
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	211.494.595	217.731.062	6.236.467	2,95

Verbraucherpreisindex für Dezember 2022 (vorläufiges Ergebnis)

Die Veränderungen im VPI sind auch auf der Homepage der Statistik Austria ersichtlich:
https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/2_Verbraucherpreisindizes_ab_1990.ods

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck